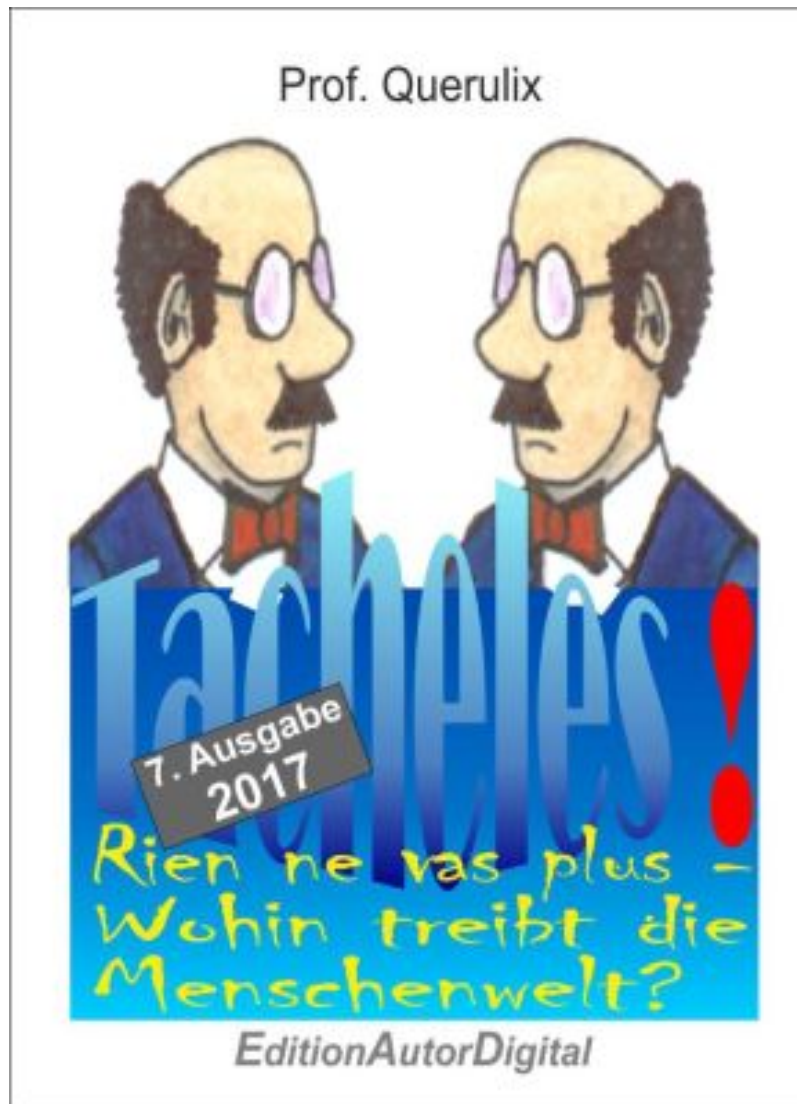


Wahl mit beschränkten Möglichkeiten

21.09.2017, 09:00 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *READ - Rüdenauer Edition Autor Digital*



Prof. Querulix, „Rien ne vas plus...“, eBook (ISBN 978-3-943788-43-3), 264 S., 9,95 Euro

Draghi & Co. erreichen ihre Ziele nicht. Der Pulvervorrat ist verschossen. Mehr desselben einzusetzen würde mehr schaden als nützen. Denn die Inflation, die sie wollten, haben sie an den Anleihen-, Aktien- und Immobilienmärkten längst in kritischem Maße erreicht. Die Blasen sind reif, zu platzen. Offensichtlich dämmert's den Verantwortlichen, daß sie eine Situation geschaffen haben, die sie nicht mehr beherrschen, und das versetzt sie in eine Art von Schockstarre.

Es klappt nicht mit der gewünschten Konsumpreis-inflation. Die, die das Geld haben, um zu kaufen, haben so ziemlich alles schon gekauft, was sie möchten, und brauchen gar nichts mehr. Und die steigende Zahl derer, die kein Geld haben, um noch mehr auszugeben, fallen als Konsum- und Inflationstreiber sowieso aus. Zu allem Verdruß nimmt die Zahl derer, die üppig konsumieren können sogar tendenziell ab. Der Mittelstand ist nämlich die Bevölkerungsschicht, die am meisten unter dem Wahnsinn der Null- und Minuszinsen sowie der Vernichtung ihrer Privaten Altersversorgungen leidet.

Der Mittelstand wird künftig viel weniger Geld in der Tasche haben und sein Kaufkraftverlust wird die Inflation eher dämpfen als anheizen. Die Geldvermögensvernichtungsstrategie der EZB enteignet Geldsparer, um Geldschuldner zu subventionieren. Damit treibt sie den Teufel mit Beelzebub aus.

Wer das als Schwachsinn bezeichnet, dem ist schwer zu widersprechen.

Aber es ist nun bei allen Rudeltieren einmal so: Die Starken machen, was sie für richtig halten, und die Schwachen müssen sich nach der Decke strecken und im Zweifel dafür bluten. Die Politiker, selbst üppig versorgt und vor Armut geschützt, schauen dem Treiben zu – vielleicht damit getröstet, daß einige von ihnen immer wieder einmal fette Brocken in der Wirtschaft oder in Verbänden schnappen können, die ihnen die Profiteure ihrer Politik anbieten.

Von „christlicher“ wie auch von „sozialer Seite“ ist weder soziale noch Steuergerechtigkeit zu erwarten. Prekäre Arbeitsverhältnisse und Altersarmut werden als schicksalhaft hingenommen, während die hohen und höchsten Einkommen in unserer schönen Republik unaufhaltsam weiter steigen und die Steuern für hohe Einkommen relativ gering sind und – je höher sie sind – durch bereitstehende steuergesetzliche Möglichkeiten auch noch kräftig „gesenkt“ werden können.

An anderer Stelle wurde schon gezeigt, daß im unteren Tarifbereich der Einkommensteuer Veranlagte, die ihr gesamtes Einkommen für den Lebensunterhalt ausgeben müssen, prozentual mehr Steuern und Abgaben zahlen als Großverdiener, die nur einen Teil für den Lebensunterhalt benötigen. Hinzu kommt, daß diese den Rest in vielen Fällen auch noch steuerbegünstigt investieren können.

Die Freien Demokraten wollen an dieser skandalösen Realität ebenfalls nichts ändern. Sie nehmen ohnehin keine Notiz von der zunehmenden Zahl „Abgehängter“. Ihre Klientel sind die sogenannten Besserverdiener (oder sich besser Bedienenden).

Die Grünen interessieren sich eher für Umweltprobleme. Sie sind in der Mehrzahl etablierte Konservative. Die sich ausbreitende Armut in unserer Gesellschaft ist nicht ihr Hauptthema, zumal sie selbst darunter allenfalls in wenigen Ausnahmefällen leiden. Der Linken hängt immer noch der Aasgeruch des Kommunismus an, der allzu vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern noch in der Nase zu stecken scheint, obwohl die Geschichte dieses teure Feldexperiment, das gut gemeint war, aber an der Natur des Menschen katastrophal gescheitert ist, längst beendet hat.

Gescheitert ist allerdings auch der Beutekapitalismus der Gegenwart. Nur haben das noch längst nicht genug von denen, die erst künftig von den Folgen betroffen sein werden, gemerkt. Das Schicksal ihrer Landsleute verdrängen sie oder es ist ihnen gleichgültig. Hinsichtlich ihres eigenen Leben sie mehrheitlich noch glücksduselig im Hier und jetzt. Man darf gespannt sein, wenn sich der Wind gegen sie dreht, weil die Politiker nicht ein einziges der drängenden Probleme lösen können, vor denen die Menschheit im Allgemeinen und wir Deutsche im Besondern stehen.

Um nur einige Beispiele zu nennen:

In der Bildung sollte es nicht darum, daß möglichst viele jungen Menschen irgendwelche Titel erwerben, sondern darum, daß sie Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, die ihnen ermöglichen, im Interesse des Allgemeinwohls kooperativ und konstruktiv an der Lösung der in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft vor uns liegenden Aufgaben zu arbeiten. Die Herausforderungen beginnen bereits in der frühkindlichen Erziehung, setzen sich in Schulen und Horten fort und enden nicht mit der Berufsausbildung bzw. mit einem Studium. Diese Erkenntnis ist zwar nicht neu. Trotzdem gleicht die deutsche Bildungspolitik einer Stümperei am Flickenteppich.

Die Sozialpolitik ist eine Katastrophe. In einem Land, in dem die Zahl der Reichen und Superreichen unaufhörlich steigt, sollte es keine Bettelarmut geben. Dennoch geht die Schere zwischen denen, die gerade das Allernötigste zum Vegetieren – Leben kann man dieses Dasein anständigerweise nicht nennen – haben, und denen, die Geld im Überfluß haben, immer weiter auseinander. Keine einzige Partei hat im Vorwahlkampf glaubhaft machen können (oder wollen), daß sie diese skandalöse Entwicklung wirksam stoppen will. Sie sollten sich schämen. Aber nicht allein das. Auch von vernünftiger Wirtschaftspolitik kann man in diesem Fall nicht sprechen. Denn es wird ganz unnötig Nachfrage verhindert. Die soll dann offensichtlich der Export ausgleichen – mit allen Risiken, die damit verbunden sind und die wir vielleicht schneller

als gedacht erliden werden. Abhilfe, die diese Bezeichnung verdient, ist auch nach der Wahl nicht zu erwarten.

Zur Sozialpolitik gehört auch die Rentenpolitik. Parlamentarier und Beamte brauchen sich keine Sorgen zu machen. Vor allem erstere sind üppig versorgt. Die Mehrzahl der Rentner, vor allem die – aus welchen Gründen auch immer – mit gebrochenen Erwerbsbiografien, wird allerdings in Zukunft nicht mehr Rente bekommen als sie in Form von Sozialhilfe zu erwarten haben. Wozu dann eigentlich noch Rentenversicherungsbeiträge? Auch diese skandalöse Situation wird durch keine der denkbaren Regierungskonstellationen beseitigt werden.

Schon diese drei Beispiele legen nahe, davon auszugehen, daß nach der Wahl genauso weiter gewurstelt wird wie bisher. Die Starken nehmen sich, was sie wollen, und die Schwachen werden weiter bluten. Dennoch sollte jede Bürgerin und jeder Bürger von seinem Wahlrecht Gebrauch machen. Denn sie oder er haben die Möglichkeit, UNGÜLTIG zu wählen. Ein Querstrich über den Wahlzettel genügt dazu.

Eine größere politische Weichenstellung ist erst im Zusammenhang mit größeren weltpolitischen Eruptionen zu erwarten, z.B. im Zusammenhang mit den Folgen des Zusammenbruchs der Ponzi-Spiele der Notenbanken. Wir dürfen gespannt sein, wie klug die Politiker den Scherbenhaufen dann zusammenkehren und ob sie willens und fähig sind, das Beste für alle ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger daraus zu machen.

Prof. Querulix beobachtet und kommentiert seit einigen Jahren das ebenso interessante wie fragwürdige Treiben der Menschentiere, vor allem das ihrer „Eliten“. Seine Beobachtungen dokumentiert er in der eBook-Reihe „Tacheles“. 7 Bände sind bisher erschienen. Der jüngste trägt den Titel: „Rien ne vas plus – Wohin treibt die Menschenwelt?“ (ISBN 978-3-943788-43-3). Wie seine 6 Vorgänger ist er im eVerlag READ – Rüdener Edition Autor Digital (www.read.ruedener.de) erschienen und dort sowie in allen gut sortierten Buchhandlungen zum Preis von 9,95 Euro zu haben.

READ Pressestelle

Portrait

eVerlag READ – Rüdener Edition Autor Digital ist ein eBook-Verlag, der auf praxisorientierte Fachliteratur für berufliche und politische Kommunikation und Führung sowie auf die Herausgabe zeitlos-zeitkritischer Aphorismen- und Gedichtbände von Prof. Querulix spezialisiert ist.

News-ID: 969931 • Views: 287 (Stand: 08.10.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/969931/Wahl-mit-beschaenkten-Moeglichkeiten.html>